Abend-Ausgabe.
Dienstag, 17. September.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pf., mit Trägerlohn 70 Pf., auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pf.




Stettiner Zeitung.

№ 434
Stettin, 1878.

Inserate: Die viergespaltene Petitzeile 15 Pf.
Redaction,
Druck und Verlag von R. Grassmann
Kirchplatz Nr. 3.

Deutscher Reichstag.

4. Plenarsitzung vom 16. September.

Präsident von Forckenbeck eröffnet die Sitzung um $11^1/_2$ Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Tische des Bundesraths: Graf Otto zu Stolberg-Wernigerode, Hofmann, Abeken, v. Mittnacht, Dr. Friedberg, Dr. v. Fäustle u. A.

Vom Bundesrath ist die Nachweisung über die von demselben auf die vom Reichstage in der letzten Session beschlossenen Resolutionen und Anträge gefaßten Beschlüsse eingegangen.

Die Debatte wird eingeleitet durch den Vertreter des Reichskanzlers, Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode: M. H. Es ist nicht meine Absicht, Ihnen die ausführliche Darlegung zu geben von den Ansichten der verbündeten Regierungen in Bezug auf die Beurtheilung der gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie. Ich glaube in der That, daß Jeder, der den öffentlichen Verhältnissen in den letzten Monaten mit Aufmerksamkeit gefolgt ist, sich klar darüber sein wird, welche Stellung die verbündeten Regierungen zu dieser Frage einzunehmen haben. Der Gesetzentwurf ist überdies von so ausführlichen und eingehenden Motiven begleitet, er enthält die allgemeinen Erwägungen, von welchen aus die verbündeten Regierungen ein gesetzliches Einschreiten für nothwendig halten, daß es auf eine Wiederholung dieser Darlegungen hinauskommen würde, wenn ich auf die Einzelheiten dieser Bestimmungen hier eingehen sollte. Das eine will ich eben hier schon jetzt mit aller Bestimmtheit erklären, daß nämlich die verbündeten Regierungen von der Nothwendigkeit durchdrungen sind, wenn anders sie den Gefahren mit Erfolg entgegenzutreten im Stande sein sollen, von denen Staat und Gesellschaft bedroht sind, sie mindestens das erhalten müssen, was die Vorlage fordert. Daß diese Gefahren bestehen, darüber werden Sie Alle mit wenigen Ausnahmen überzeugt sein. Ich möchte gleich der Annahme entgegentreten, daß die verbündeten Regierungen dabei von der Voraussetzung ausgehen, mit den vorgeschlagenen Maßregeln allein diesen Ausschreitungen mit Erfolg entgegentreten und sie ganz beseitigen zu können. Nein, m. H., die schlimmste Arbeit wird auf einem anderen Gebiete liegen. Es wird darauf ankommen, durch freie Vereinigungen, in Korporationen ꝛc., dahin zu wirken, daß Gottesfurcht, Treue, Fleiß, Zuverlässigkeit in Handel und Wandel wieder gekräftigt werde (Beifall), daß die Verführungen der Sozialdemokratie auf diesem Boden nicht mehr so festen Boden gewinnen, daß die Truggebilde, die in der sozialdemokratischen Theorie liegen, in der arbeitenden Bevölkerung keinen Anhang finden. Diese letztere Thätigkeit ist durchaus nothwendig, wenn es gelingen soll, der Bewegung mit Schärfe und mit Erfolg entgegenzutreten. Wenn der Staat solche scharfe Mittel zur Anwendung bringt, dann handelt er im Interesse seiner Selbsterhaltung und im Interesse der arbeitenden Bevölkerung insbesondere. Ich beschränke mich auf diese wenigen Worte und richte an Sie die Bitte, wenn Sie davon überzeugt sind, daß es außerordentlicher Maßregeln bedarf, den verbündeten Regierungen nicht halbe Maßregeln zu gewähren, denn mit solchen wird mehr Schaden angerichtet, als sie Nutzen schaffen.

Abg. Reichensperger (Olpe): Der Gesetzentwurf soll angeblich die Gefahren beseitigen, welche die sozialdemokratische Bewegung der Gesellschaft und dem Staate bereitet; es ist in der vorigen Session und in den Motiven ausdrücklich ausgesprochen, daß der Bundesrath durch ein Ausnahmegesetz dies zu bewirken hofft, nicht wie der vorige Reichstag wollte, durch ein Gesetz vom Standpunkte des gemeinen Rechts, welches alle Staatsbürger gleichmäßig treffen sollte. Der Reichstag hat dieses Ausnahmegesetz, welches die Beschränkung der allgemeinen Rechte der Nation verlangte, abgelehnt. Seitdem ist allerdings ein schmerzliches Novum eingetreten, das zweite Attentat auf die geheiligte Person des Kaisers. Die ganze Nation war mit Recht entrüstet über diese Scheußlichkeiten und jeder ehrliche deutsche Mann mußte bereit sein, alle gesetzlichen Mittel aufzubieten, um der Wiederkehr solcher Unthaten vorzubeugen und die Gefahr der Verbreitung jener Miasmen, die sie erzeugen, zu beseitigen. Ich will allerdings nicht behaupten, daß jene Mordgesellen der Sozialdemokratie angehören, es ist dies auch nicht nachgewiesen; aber soviel steht allerdings fest, daß jene scheußlichen Thaten in der Luft erzeugt sind, die mit den Früchten ihrer leidenschaftlichen Agitation geschwängert ist. Auch unsere Partei giebt sich also über die Gemeingefährlichkeit der sozialdemokratischen Bestrebungen keinen Illusionen hin, wie denn auch der Abg. Bebel hier ganz offen den Katholizismus für den Todfeind der Sozialdemokratie erklärt hat und wir sind selbstverständlich bereit, diese Uebel mit allen erfolgversprechenden Mitteln aus der Welt zu schaffen. Aber die Vorlage des Bundesraths entspricht diesem Zweck in keiner Weise. Sie bietet in Verbindung mit den Motiven nach keiner Seite hin Garantie, daß sie als Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie wirken könne und werde. Wenn mit der Aufbietung des größten Polizeiapparats solchen Uebeln zu begegnen wäre, dann müßte Rußland in dieser Beziehung andere Erfolge aufzuweisen haben, als die Berichte über die dortigen Attentate an die Hand geben. Die Vorlage geht viel weiter, als der dem vorigen Reichstag vorgelegte Gesetzentwurf, der doch eine Zeitbeschränkung auf 3 Jahre verlangte, die jetzt vollständig wegfallen soll, und enthält also eine unbegrenzte Entziehung der wichtigsten Freiheitsrechte. Auch ist die Definition des § 1, die auf Untergrabung der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung gerichtet ist, nicht einmal in dem Grade den einfachsten juristischen Anforderungen entsprechend, wie der einstimmig abgelehnte § 20 der Strafnovelle, und gleichwohl ahndet die Vorlage viel schärfer als jene die Angriffe gegen die Familie, das Eigenthum ꝛc. mit Entziehung der wichtigsten Freiheitsrechte gegen ganze Kategorien der Bevölkerung, während die Novelle nur die Individuen, welche das Gesetz verletzen, mit Gefängnißstrafen bedrohte. Und was heißt Untergrabung der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung? Mit gleichem Rechte könnte man alle Parteien, diejenigen, welche dem Reichstag ein selbstständiges Budgetrecht verschaffen wollen, diejenigen, welche die Aufhebung der gesetzlich eingeführten Civilehe anstreben, beschuldigen, daß sie die bestehende Staatsordnung untergraben wollen. Der Bundesrath hat sich ja selbst vielen sozialdemokratischen Forderungen angeschlossen und ist sogar der fundamentalsten Forderung der Sozialdemokratie durch Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts zuvorgekommen (Sehr richtig!) und der Reichskanzler hat selbst erklärt, daß er einen berechtigten Kern in der sozialdemokratischen Bewegung anerkenne. Nun kann man doch die Sozialdemokratie nicht völlig mundtodt machen wollen. Ich halte es sogar für wünschenswerth, daß Sozialdemokraten hier Sitz und Stimme haben, daß ihre Zahl 15 betrage, damit sie geschäftsordnungsmäßig Anträge zu stellen im Stande sind. Sie würden dann genöthigt sein, ihre Utopien gehörig formulirt dem Richterspruch dieses Hauses und der Nation zu unterbreiten oder in der Tasche zu behalten. Es gab eine Zeit, wo wohlgesinnte Männer daran erinnern mußten, daß der Bauer auch ein Mensch sei, heute muß ich die Bundesregierungen daran erinnern, daß die Sozialdemokraten auch Staatsbürger sind. Man hat die Vorlage bemängelt, daß sie kein richterliches Organ enthalte. Ich würde das Hineinbringen der Justiz für ein noch größeres Unglück halten, da ohne zureichende Definition des Vergehens die Justiz selbst nur demoralisirt werden würde. Wenn das Gesetz aktuell, inkriminell und nothwendig wäre, ich könnte ihm gleichwohl meine Zustimmung geben. Von allem diesen kann keine Rede sein. Das Uebel, über das wir uns mit Recht beklagen, ist ja nicht neu, es ist in Rom als Sklavenkrieg, in Frankreich als Jaquerie, bei uns als Bauernkrieg aufgetreten, aber allerdings ist das Uebel heute viel bedenklicher, weil es international und von Rußland bis zu den äußersten Grenzen verbreitet ist. In Deutschland ist es am meisten verbreitet und hat es zudem die größte Verbreitung erfahren. Die Verbreitung des Uebels aber trifft zusammen mit dem Niedergang des Wohlstandes in unserer Nation und mit der Niederdrückung des religiösen Volksbewußtseins, mit der Befehdung der Kirche. Die sozialdemokratischen Agitationen haben diesen geistigen Vergiftungsprozeß nur dadurch unterhalten können, daß sie die Massen zu überreden sucht, mit diesem Leben habe Alles ein Ende und die Aenderung der bestehenden Gesellschafts- und Staatsordnung führe die Möglichkeit des diesseitigen Genusses herbei. Dieses Gemisch von Leidenschaften und Humanität kann nicht durch Bundesrathsbeschlüsse, durch Polizeimaßregeln, aber freilich ebensowenig durch die moderne Philosophie überwunden werden. Das Uebel kann nur überwunden werden vom Standpunkt des Christenthums. Wenn es daher den Agitatoren gelingt, das Christenthum aus den Herzen zu reißen, wie schon der erste Apostel der Sozialdemokratie Proudhon predigte, dann werden sie das Elend nicht ertragen und sich erheben. Der Ausgangspunkt der ganzen Bewegung ist der Gedanke Proudhons, daß das Volk erst den Glauben an das Jenseits gründlich abwerfen müsse, um das Diesseits zu erobern. Dagegen bemerke ich: Wenn das Uebel geheilt werden soll, muß die Religion dem Volke wiedergegeben werden. Ich glaube nicht, daß mit einer reinen Legislation den Gefahren begegnet werden kann. Ich halte den Gesetzentwurf weder für annehmbar, noch für amendirbar, dagegen bin ich der Meinung, daß nach mehr als einer Richtung in unserem Strafgesetzbuche eine Aenderung, eine Erweiterung nothwendig ist. Vor Allem aber muß dafür Sorge getragen werden, daß das Christenthum wieder mehr zur Geltung komme. (Sehr richtig!) Der Glaube an ein Dasein Gottes ist ein Fundamentalsatz des Menschengeschlechts, ohne denselben muß die Proudhon'sche Lehre zur Wahrheit werden. Zu weiteren Anträgen können wir uns nicht verstehen, wir können nicht die Freiheitsrechte der Nation unter dem Titel eines Ausnahmegesetzes gegen die Sozialdemokratie preisgeben und deshalb werden wir gegen das Gesetz stimmen. (Bravo im Centrum.)

Abg. v. Helldorf (kons.) erklärt Namens der konservativen Partei sein Einverständniß mit der Vorlage im Großen und Ganzen. Er kann in derselben nicht ein Ausnahmegesetz erkennen wie der Vorredner. Es sei geradezu wunderbar, wie der Vorredner bei diesem Gesetze von Entziehung freiheitlicher Rechte des Volkes sprechen konnte. Man wolle ja nicht die Sozialdemokraten ihrer freiheitlichen Rechte berauben, sondern man wolle nur Maßregeln gegen die Ausschreitungen der Sozialdemokratie feststellen. Redner hält diese Ausschreitungen für unbedingt gemeingefährlich und erinnert an die beiden Attentate, die das Gewissen der ganzen Nation endlich aufgerüttelt hätten. Wenn irgend Etwas, dann sei gerade das Auftreten der Sozialdemokraten nach den Attentaten geeignet gewesen, die Gemeingefährlichkeit dieser Partei nachzuweisen. Die Humanität, die Erziehung können erst wirken, wenn die gefährliche Agitation beseitigt worden ist. Es komme bei diesem Gesetze nur darauf an, ob dieses Gesetz auch praktisch wirksam und im Stande sein werde, die sozialistische Agitation zu unterdrücken. Nun habe man gesagt, daß nach Unterdrückung der offenen Agitation die „geheime" um so gefährlicher auftreten werde. Man habe auf Rußland hingewiesen, wo diese geheime Agitation erst recht Boden gewonnen habe. Er fürchte dies nicht, denn solche verrotteten Zustände, wie in Rußland existiren, kenne man bei uns, Gott sei Dank, noch nicht. Er (Redner) halte das Auftreten einer solchen geheimen Agitation bei uns für ganz unmöglich, aber wenn man eine Prämie auf solche geheimen Agitationen setzen wolle, dann setze man eine kurze Zeitbeschränkung für die Geltung dieses Gesetzes fest. Wer im Uebrigen mit der Entstehung und Entwicklung der Sozialdemokratie nur einigermaßen vertraut ist, wird wissen, daß das Anwachsen derselben mit der Verleihung des allgemeinen direkten Wahlrechts im engsten Zusammenhange steht. Wenn irgend etwas im Stande ist, die Stimmung im Lande gegen dieses Wahlrecht zu verschärfen, so sind es die Ausschreitungen bei der Wahlagitation. Die Appellation an die Leidenschaften der Massen sei hochgefährlich. Er wisse nicht, ob seine politischen Freunde mit ihm in jedem Punkte übereinstimmen, aber er glaube, daß sie mit ihm darin übereinstimmen werden, daß eine Korrektur dieses Wahlrechts durchaus nothwendig ist, und daß ebenso nothwendig Maßregeln gegen die Auswüchse der Wahlagitation sind. Zum Schluß spricht der Redner noch für die Verlängerung der Legislaturperiode. (Bravo.)

Abg. Bebel wendet sich zunächst gegen einige Ausführungen des Vorredners, dem er entgegenhält, daß von sozialdemokratischen Wahlagitatoren gar nicht die Rede sein könne, da man gerade diese Partei bei den letzten Wahlen mundtodt gemacht habe. Nun, fährt Redner fort, ist von dem Grafen Stolberg und ebenso auch vom Vorredner auf die Attentate hingewiesen; es ist die Sozialdemokratie als die Ursache bezeichnet worden. Dann hätte man doch aber auch erwarten können, daß von dieser Seite der Zusammenhang zwischen jenen Thaten und der Sozialdemokratie nachgewiesen worden wäre. Es ist dabei nur bei leeren Worten geblieben, gleichwohl wird behauptet, daß die Sozialdemokratie die Partei der Königsmörder. Wir sind heute in der Lage, in aller Form die Regierung aufzufordern, welcher Art die Resultate sind, die die Untersuchung gegen die beiden Attentäter zu Tage gefördert hat. Wir lassen uns nicht gefallen, daß man jetzt alle die gegen uns erhobenen Beschuldigungen mit dem Mantel der christlichen Liebe zuzudecken sucht. Wir haben das Recht zu fordern, daß namentlich über das letzte Attentat vollste Wahrheit geschaffen wird. Wir verlangen Auskunft darüber, von wem jene Depesche ausgegangen, die unzweifelhaft amtlichen Ursprungs war, in welcher mitgetheilt wird, daß Nobiling ausgesagt hat, er hätte Beziehungen zur Sozialdemokratie gehabt. Diese amtliche Depesche war gefälscht. Wir verlangen deshalb, daß Untersuchung darüber angestellt werde, wer diese Depesche gefälscht und daß dieser zur Verantwortung gezogen werde. Eine große und ehrenwerthe Partei hätte wohl erwarten können, daß diese gefälschten Nachrichten amtlich dementirt worden wären. Nichts ist darin geschehen, man hat die öffentliche Meinung nicht darüber aufgeklärt. Es ist bedauerlich, daß der Attentäter so früh gestorben ist, wir hätten gewünscht, daß er Aufschluß über die That gegeben hätte, aber wir verlangen nunmehr, daß die Untersuchungs-Akten dem Hause vorgelegt werden. Es steht der Veröffentlichung jetzt Nichts mehr im Wege und ich hoffe, daß die Regierung diesem Wunsche nachkommen wird. Redner erinnert daran, daß die Regierung die Sozialdemokratie nicht gefürchtet, sondern mit ihr in Verbindung getreten sei und ihr Unterstützung angeboten habe. (Hört! hört!) Es sei Thatsache, daß dieselben Staatsmänner, die jetzt die Sozialisten als Umstürzler denunziren, früher in intimsten Beziehungen zu den Führern dieser Partei gestanden haben, indem sie die Sozialdemokratie gegen die liberale Partei sich zu Nutzen machen wollten. Er geht nunmehr auf diese Verhältnisse näher ein und theilt mit, daß schon im Jahre 1862 Anerbietungen nach dieser Richtung gemacht worden sind, daß man selbst Baarmittel der Partei angeboten habe, wenn dieselbe gegen die Fortschrittspartei Front machen wolle. Später hatten dann Konferenzen zwischen Bismarck und Lassalle stattgefunden. In jenen Konferenzen Lassalle's mit dem Fürsten Bismarck handelte es sich um die Oktroyirung des allgemeinen Stimmrechts und um das Hundertmillionen-Projekt Lassalle's, betreffend die Gründung von Produktiv-Associationen, welche Bismarck verwirklichen wollte. Die Konferenzen wurden wegen tiefgehender Differenz abgebrochen, da Bismarck die Oktroyirung des allgemeinen Stimmrechts erst nach Beendigung des schleswig-holsteinischen Krieges vornehmen und Lassalle von der Oktroyirung seines Hundertmillionen-Projekts gar nichts wissen, sondern den Gedanken durch die politische Agitation in die Massen hineingetragen wissen und durch das allgemeine Stimmrecht verwirklicht haben wollte. Die Konferenzen wurden nicht von Bismarck, sondern von Lassalle abgebrochen, der auf seinen Bedingungen bestand und der Vorgänger des jetzigen Ministers des Innern theilte auch dem damaligen Redakteur des „Sozialdemokrat", von Hofstetten mit, daß Fürst Bismarck das Hundertmillionen-Projekt Lassalle's habe ausführen wollen, aber von den übrigen Ministern überstimmt worden sei. Damals wurde auch die bekannte Weber-Deputation vom Könige von Preußen empfangen, der sie mit den Worten verabschiedete: Er habe die Lage der Arbeiter nicht als eine so traurige gekannt, als sie ihm jetzt geschildert worden. Sobald in die äußeren Verhältnisse Ruhe geschaffen werde die Arbeiterfrage in gesetzlicher Weise geregelt werden. Bismarck empfing darauf den Arbeiter Paul, den Führer der Deputation, mit den Worten: „Paul bis zum nächsten Sonntag aber wird es nicht besser und frug ihn, was er jetzt treiben wolle, wie viel Mittel zur Unterhaltung der Agitation wohl nöthig seien. Und als Paul zögernd erwiderte, etwa 4—6000 Thaler, sagte Bismarck, das ist ja eine wahre Lumperei, die werden geschafft werden, und bemerkte ferner, Paul könne ja auf Staatskosten in Schlesien umherreisen und ihm Berichte über die Arbeiter-Verhältnisse liefern, davon verständen seine Geheimräthe doch nichts. (Große Heiterkeit.) Nach dem Tode Lassalle's wurden die Verhandlungen mit den Führern der Sozialdemokratie durchaus nicht abgebrochen. Der Vicepräsident

Dr. Dammert forderte den nachherigen Präsidenten des Allgemeinen Arbeitervereins, Fritzsche, auf, in allen Versammlungen desselben, namentlich im Königreich Sachsen, neben den sozialistischen Forderungen für die Einigung Deutschlands unter preußischer Spitze einzutreten und persönlich dem Fürsten Bismarck darüber Bericht zu erstatten. So wurde bereits damals die Sozialdemokratie benutzt, um die Kleinstaaten unter die preußische Spitze zu bringen. Schweitzer, der später die Leitung des Allgemeinen Arbeitervereins übernahm, arbeitete in dieser Beziehung weiter und wurde im Frühjahr 1868 sogar aus der Haft zu einer Agitationsreise beurlaubt, um für die Parole des Nationalismus durch Einheit zur Freiheit im Allgemeinen Arbeiterverein zu wirken. Bei der Berathung der Gewerbeordnung wurden zwischen Geheimrath Wagner und Schweitzer die Anträge betreffend die Fabrikinspektoren verabredet, so daß sogar der jetzige Minister Friedenthal für nöthig hielt, seine konservativen Kollegen vor dem Spiele mit dem Feuer zu warnen. Wagner führte Toelke auf das Polizei-Präsidium, stellte ihn dem Wachtmeister vor, mit denen er sehr freundlich verkehrte, und in neuester Zeit sogar wurde es versucht, mit der Berliner Sozialdemokratie wieder Beziehungen anzuknüpfen, indem ihnen versprochen wurde, wenn sie ihre Kandidatur im 2. Berliner Wahlkreise zurückziehen und für einen Schutzzöllner etwa Herrn Otto Glagau stimmen wollten, dann sollten ihre Forderungen im Arbeiterschutzgesetze des vorigen Jahres unterstützt werden. Man hat also die 500,000 Stimmen der Sozialdemokratie immer noch brauchen zn können geglaubt. Es ist ja möglich, daß man unsere harten Schädel mildern zu können hofft, daß man glaubt, uns für das Projekt der Reichseisenbahnen oder für das Tabaksmonopol gewinnen zu können, dann ist ja die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Polizei unsere Bestrebungen gar nicht mehr für so gemeingefährlich hält. Neben dieser Konspiration Wagner's gingen noch andere Beziehungen mit der Regierung einher, so mit dem Geheimrath Bucher, der, wie aus seinen Schriften hervorgehe, über die heutige Gesellschaft so denkt wie wir. Der Gesetzentwurf des Bundesraths greift in bedenklichster Weise in das Privateigenthum ein und zwar so gewaltsam, daß der Sozialdemokratie für künftige Fälle doch ein sehr bedenkliches Präzedenz geschaffen wird. Mit der Definition, die sich auf Untergrabung der Gesellschafts- und Staatsordnung bezieht, wird jeder Fortschritt, jedes auf Veränderung bestehender Zustände, Aufhebung und Verbesserung veralteter Gesetze gerichtetes Bestreben, jede wissenschaftliche Untersuchung unmöglich gemacht. Ueber die Begriffe Sozialdemokratie läßt sich schwer eine Grenze ziehen. Das Gothaer Programm enthält eine Anzahl Forderungen, die selbst von der Mehrheit des Reichstages gebilligt worden. Mit der Definitive des Gesetzes würden alle Schriften von Rodbertus, Schäffle, A. Wagner, Schale, Schmoke getroffen und Jahre lang könnte die Sozialdemokratie nur von der ältesten Literatur die Massen speisen, wenn ihr neue Schriften zu publiziren untersagt würden. Ohne Uebertreibung behaupte ich, daß, wenn diese Vorlage Gesetz würde, daß wir, während wir jetzt 2—3 Jahre brauchen, um eine sozialistische Broschüre abzusetzen, dann höchstens Wochen, Monate, Jahre hinreichen würden, eine Auflage von 50,000 Exemplaren unterzubringen. Das Gesetz würde unter den Massen, wie unter den ersten Christen, die Sozialdemokraten zu religiösen Schwärmern erheben. Unsere Organisation zu zerstören, würde Ihnen doch nicht möglich sein. Redner schildert mit Anführung statistischer Zahlen, in welch' ungeheuerlicher Weise das Gesetz in das Privateigenthum und in zahllose Existenzen eingreifen würde. Dadurch aber würde dies ganze bürgerliche Erwerbsleben in Mitleidenschaft gezogen, und die Unzufriedenheit mit den staatlichen und gesellschaftlichen Zuständen nur noch gesteigert werden. unsere 15jährige Agitation würde nicht entfernt solchen Haß hervorrufen können, wie dieses Gesetz zur Folge haben würde, und zwar in den verschiedensten Gesellschaftsklassen.

Bundesbevollmächtigter Graf zu Eulenburg: Der Vorredner hat in zwei Beziehungen Auskunft von mir verlangt: einmal in Betreff des Verhörs des Dr. Nobiling, dann in Bezug auf gewisse Beziehungen, welche zwischen der preußischen Regierung und der Sozialdemokratie stattgehabt haben. In erster Beziehung habe ich zu erklären, daß in der That eine Vernehmung des Nobiling stattgefunden, und daß er in derselben ausgesagt hat, daß er an sozialdemokratischen Versammlungen Theil genommen und an den dort vorgetragenen Lehren Gefallen gefunden hat. Mehr ist mir darüber nicht bekannt. Zugleich weise ich darauf hin, daß ich bereits im Mai gesagt habe, die Behauptung gehe nicht dahin, daß diese Thaten direkt von der Sozialdemokratie angestiftet seien, sondern daß die Lehren der Sozialdemokratie und die Art und Weise ihrer leidenschaftlichen Agitation wohl geeignet seien, in verwilderten Gemüthern dergleichen traurige Früchte zur Zeitigung zu bringen. Welche Stellung hat denn die sozialdemokratische Presse diesen Ereignissen gegenüber eingenommen? Es wird immer vorangestellt, daß die Sozialdemokratie den Mord in jeder Gestalt verabscheue. Was geschieht gleichzeitig? Es wird zunächst in den sozialdemokratischen Organen der Nachweis zu führen gesucht, daß die Attentate bestellte Arbeit gewesen seien. Als man damit nicht fortkommen kann, ging man dazu über, die Unzurechnungsfähigkeit der Verbrecher nachzuweisen. Die Untersuchung hat nicht den geringsten Anhaltspunkt dafür gegeben, daß die beiden Verbrecher irgendwie nicht im Stande gewesen wären, die Folgen und die Bedeutung ihrer Thaten zu überlegen. Demnächst ist man hierbei nicht stehen geblieben, sondecn in vielen Organen der Sozialdemokratie dazu übergegangen, diese Thaten zu entschuldigen. Man hat nicht sie, sondern die Gesellschaft verantwortlich Parallel damit gingen Aeußerungen, welche den frevelhaften Thaten, die in Rußland gegen Beamte versucht sind, Anerkennung zollten, uud sich äußerten: „Nun, was blieb jenen denn anders übrig?" Endlich hat die Sozialdemokratie im Ausland ausdrücklich und mit direkten Worten ihre Sympathie mit diesen Thaten ausgesprochen. Redner belegt diese Aufstellungen mit zahlreichen Citaten aus der auswärtigen sozialistischen Presse und kommt zu dem Schlusse: Ich glaube also mit vollem Rechte sagen zu können, daß die Lehren der Sozialdemokratie dafür verantwortlich sind, daß so Trauriges geschehen ist. (Sehr wahr.) Wenn Sie die Ziele der Sozialdemokratie in's Auge fassen, ist nicht die friedliche Entwickelung das Ziel, sondern diese ist nur eine Etappe zu den letzten, endlichen Zielen, die auf keinem anderen Wege als auf dem Wege der Gewalt erreicht werden können. (Beifall.) Für Sie, die die Programme der Sozialdemokratie näher kennen, brauche ich nicht Schritt für Schritt den Beweis zu führen, der hundertmal geführt worden ist. Wenn nun im Tone des Vorwurfs gesagt worden ist, daß die Regierung in früherer Zeit bemüht habe, mit den Führern der Sozialdemokratie Fühlung zu gewinnen, so bin ich, weil ich es in der That nicht weiß, nicht im Stande, über die einzelnen behaupteten Thatsachen Auskunft zu geben. Aber das kann ich sagen, es ist doch sehr Unrecht, darin einen Vorwurf zu finden. Wenn eine Bewegung von den Dimensionen beginnt, wie die Arbeiterbewegung, so ist es für die Regierung nicht nur wünschenswerth, sondern nothwendig, sich nicht bloß von Hörensagen und und aus Schriften Kenntniß derselben zu verschaffen, sondern womöglich von den Führern selbst (Beifall rechts, Heiterkeit), um eine so mächtige Bewegung in den ruhigen Strom gesetzlicher Entwickelung zu führen. Das ist keine Pflichtverletzung, sondern Pflichterfüllung. (Sehr wahr!) Wenn sich ergiebt, daß dieser Versuch vergeblich war, so liegt es in der Natur der Sache, daß man Herr der Bewegung zu werden sucht. Als damals die Annäherung stattfand, hatte die Bewegung andere Bahnen als heute. Damals stand Herr Lassalle an der Spitze, während jetzt bekanntlich diese Richtung unterdrückt ist von der weiter gehenden internationalen Richtung. Es bleibt mir nur noch übrig, der Behauptung, daß in neuester Zeit von Seiten der „Prov.-Korr." oder sonstwie Versuche der Vereinbarung mit den sozialdemokratischen Führern gemacht seien, ein bestimmtes „Nein" entgegenzusetzen. Ich kann mir auch gar keine Vorstellung davon machen, von welcher Stelle, aus oder wie ein derartiger Schritt gemacht werden könnte. Ich muß also dieses Vorkommniß, bis nicht bestimmte Thatsachen angeführt werden, entschieden in Abrede stellen. (Beifall rechts.)

Abg. Bamberger: Ich beantrage, daß die Vorlage einer Kommission von 21 Mitgliedern unterbreitet werde. Die bisherige Debatte bestärkt mich in der Ueberzeugung, daß eine eingehende kommissarische Berathung über die Mittel stattfinden müsse, wie man sich der Sozialdemokratie erwehren könne. Es ist beklagenswerth, daß gerade unser junges Deutschland dazu ausersehen ist, zuerst den Kampf gegen die Sozialdemokratie auszutragen. Es liegt das in der Neigung des deutschen Charakters und Geistes für Probleme. Die rasche Entwickelung Preußens ist nur möglich gewesen durch die volle Hingebung der Bürger an den Staat, das einmüthige Zusammenwirken, kein Wunder, daß danach die Idee auftauchen konnte, daß im Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft nicht blos das politische, sondern auch das wirthschaftliche Heil liege. Wir müssen in der Bekämpfung der Sozialdemokratie ohne Vorbild arbeiten. Bei uns ist keine Revolution dem Kampfe vorangegangen. Aber wir wollen vor der Katastrophe thun, was andere Länder nachher thaten. Graf Moltke hat in der vorigen Session das Wesen der Sozialdemokratie in vortrefflicher Weise klar gelegt. Ich gebe sehr gerne zu, daß weder das eine noch das andere Attentat in direktem Zusammenhang mit der Sozialdemokratie gestanden habe, aber symptomatisch sind diese Erscheinungen, sind Dinge und Verhältnisse, die nach den Attentaten hervortraten, von höchster Wichtigkeit. Was die Presse anlangt, so hat Herr Bebel mit großer Geschicklichkeit und sehr wahrheitsgetreu geschildert, wie diesem Proteus, der tausend Gestalten annehmen kann, schwer beizukommen sei. Wir werden versuchen müssen, hier die Grenze zu finden, die das Erlaubte von dem Unerlaubten trennt. In Bezug auf das Versammlungsrecht, wo das Wort auf die leicht entzündbare Menge sehr schnell einen solchen Einfluß üben kann, daß das Wort zur That übergeht, hier ist die Definition, die Unterscheidung dessen, was strafbar ist, weit leichter. Vielfach ist daran Anstoß genommen, daß dieses Gesetz gerade ein Ausnahmegesetz ist. Ich glaube, daß das Gesetz in heutiger Gestalt eigentlich kein Ausnahmegesetz ist. Herr v. Helldorf hat dies bereits ganz richtig angedeutet. Die Regierung trägt mit die Schuld daran, daß das Gesetz als Ausnahmegesetz aufgefaßt wird, denn nach der Reichstagsauflösung hat sie an den Egoismus des Philisterthums appellirt und ihm gesagt, gerade seine Ruhe sei gefährdet. Das Gesetz sei kein Ausnahmegesetz. In Wirklichkeit werden ja im Gesetz nicht für die heutigen Sozialdemokraten allein, sondern für Alle, die in Zukunft sozialdemokratische Ziele verfolgen, die betreffenden Strafbestimmungen getroffen. Wenn das Tabaksmonopol eingeführt wird, so sei am Ende das Verbot der Tabaksfabrikation kein Ausnahmegesetz gegen die Tabaksfabrikanten. Ein Ausnahmegesetz sei das Gesetz freilich wegen der Stellung, die es der Polizei einräumt. Was Bebel von der Verbindung preußischer Staatsmänner mit der Sozialdemokratie mitgetheilt, sei meist bekannt gewesen (Richter-Hagen: nicht ganz!) aber nicht erwiesen. So glaube er nicht, daß Lassalle die angebotenen 100 Millionen ausgeschlagen habe. (Heiterkeit.) Der Ministerpräsident Preußens habe allerdings als Politiker mehr verantworten können, als jeder Andere; das hindere aber nicht, daß sich Herr v. Bismarck kompromittirt habe. Wenn aber die deutschen Regierungen von der Vertretung des deutschen Volkes außerordentliche Vollmachten fordern, so werde letztere zu erwägen haben, auf welche Zeit sie diese Vollmachten zu ertheilen habe. Redner will nur auf einige Jahre das Gesetz erlassen sehen, verlangt in die Definition des § 1 die Aufnahme des Kriteriums des Aufhetzens der Massen auf Grund der Besitzverhältnisse und will durch Schaffung einer Revisionsinstanz Garantien gegen Willkür und Uebergriffe der Polizei gewähren.

Auf Antrag von Richter-Hagen wird darauf die Debatte vertagt.

Nächste Sitzung: Dienstag 11 Uhr.

Provinzielles.

Stettin, 17. September. Es ist Anordnung getroffen, überall da, wo es noch nicht geschehen ist, Polizeiverordnungen über die „Aufbewahrung und den Verkauf von Giften" in anderen Betriebstätten als den Apotheken zu erlassen. Danach muß jeder Giftverkäufer (mit Ausschluß eben der Apotheker), soweit er überhaupt gesetzlich dazu verstattet ist, die starken sogenannten direkten Gifte, abgesondert von allen anderen Verkaufsgegenständen, in einem lediglich zu diesem Zwecke bestimmten Vorrathsraume aufbewahren, die weniger starken sogenannten indirekten Gifte in besonderen Schränken zusammenstellen, alle Giftgefäße durch besondere Merkmale genau kenntlich machen, den Giftverkauf, insofern solcher überhaupt gesetzlich erlaubt, nur unter den auch den Apotheken gebotenen Beschränkungen bewirken.

— Vergleichende Zusammenstellung der Betriebs-Einnahmen der Berlin-Stettiner Eisenbahn. I. Stammbahn (Berlin-Stettin-Stargard, Eberswalde-Frankfurt a. O., Angermünde-Freienwalde a. O., Ducherow-Swinemünde und Pasewalk-preußisch-mecklenburgische Landesgrenze. — 348 Kilometer.) Einnahme im Monat August 1878 853,362 M., im Monat August 1877 1,007,858 M., mithin im August 1878 weniger 154,496 M., überhaupt im Jahre 1878 gegen 1877 weniger 431,519 M. II. Vorpommersche Zweigbahnen (Angermünde-Stralsund, Stettin-Pasewalk, Züssow-Wolgast). Einnahme im Monat August 1878 256,011 M., im Monat August 1877 313,744 M., mithin im Monat August 1878 weniger 57,733 M., überhaupt im Jahre 1878 gegen 1877 weniger 206,711 M. III. Angermünde-Schwedter Bahn, deren Betrieb die Berlin-Stettiner Eisenbahn-Verwaltung leitet. Einnahme im Monat August 1878 7990 M., im Monat August 1877 10,627 M., mithin im Monat August 1878 weniger 2637 M., überhaupt im Jahre 1878 gegen 1877 weniger 13,007 Mark.

— Die thüringische Baugewerk-, Maschinen- und Mühlenbau-Schule der Stadt Sulza bezweckt einzig und allein die Ausbildung tüchtiger Fachleute — Baugewerks- und Werkmeister — und sucht diesen Zweck mit einer abschließenden Fachbildung in drei Semestern zu erreichen. Der Unterricht wird im Freihandzeichnen vorzugsweise nach Modellen gegeben. Die Schüler müssen sich im Freihandzeichnen daran gewöhnen: räumliche Dimensionen abzugreifen, um sich den Grad von Augenmaß anzueignen, den sie in ihrer Praxis gebrauchen. Der Unterricht im Freihandzeichnen, in der Formlehre und im Bossiren liegt in einer Hand. Im Winter-Semester 1877/78 besuchten bei 8 Lehrern — darunter 6 Fachlehrer — 102 Schüler die Anstalt, es kam also durchschnittlich auf 12—13 Schüler ein Lehrer. Im Schuljahre 1877/78 haben sich 35 Schüler an der Meisterprüfung betheiligt. 7 Schüler bestanden diese Prüfung mit dem Prädikat „vorzüglich gut", 17 Schüler erhielten das Prädikat „gut bestanden" und 8 Schüler erhielten das Prädikat „bestanden". 3 Schüler haben die Prüfung nicht bestanden.

Stargard, 16. September. Se. Kgl. Hoh. der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin traf gestern Nachmittag mit dem Schnellzug auf dem hiesigen Bahnhof ein und wurde daselbst von dem Landrath des Saatziger Kreises, Hrn. v. Nickisch-Rosenegk, dem Landrath des Pyritzer Kreises, Herrn Graf v. Schlieffen, sowie von den hiesigen städtischen Behörden empfangen. Alsdann bestieg der Großherzog den Wagen und fuhr in Begleitung des Herrn Landraths und einiger Offiziere durch die mit Fahnen und Laub-Guirlanden reich geschmückten Straßen der Stadt nach Pansin, wo derselbe während der Dauer der Divisionsmanöver bis zum 19. d. M. Aufenthalt nehmen wird.

Literarisches.

L. Siegeth, Das Verfahren vor den Amtsgerichten und das Mahnverfahren der deutschen Civilprozeßordnung für Jedermann. Der Laie, wie der Jurist finden gleichmäßig ihre Befriedigung in dem Siegeth'schen Kommentare, welchem durchgehends die amtlichen Unterlagen des deutschen Reichstags-Archivs zu Diensten standen. Das Verfahren vor den Amtsgerichten muß mit Benutzung dieser Schrift auch dem Laien geläufig werden und Niemand darf sagen, ob er nicht täglich in die Lage kommen kann, vor einem Amtsgerichte persönlich zu verhandeln. „Der Urkunden- und Wechselprozeß der deutschen Civilprozeßordnung, für das große Publikum, die Kaufmanns- und Geschäftswelt unter besonderer Berücksichtigung der abweichenden Formen, welche durch das amtsgerichtliche Verfahren bedingt werden, ausführlich und leichtfaßlich erläutert und mit Beispielsentwürfen, praktischen Rathschlägen, sowie einem leicht orientirenden Register versehen. Ein Handbuch für Jedermann von L. Siegeth." Wir haben absichtlich den ganzen Titel angegeben, um einfach zu bestätigen, daß derselbe korrekt die Summe alles dessen zieht, was in dem Büchelchen enthalten ist. Der nach Juristenart etwas lang hinausgezogene Titel möge Niemand irre führen. Das Werk erfüllt seinen Zweck ganz vollständig!

Telegraphische Depeschen.

Dresden, 16. September. Das „Dresdener Journal" publizirt das Gesetz, betreffend die Umwandlung der sächsischen fünfprozentigen Staatsschuld in eine vierprozentige, beziehentlich die Tilgung der ersteren durch Aufnahme einer dreiprozentigen Rentenanleihe.

Wien, 16. September. Ihre Majestät die Kaiserin Augusta hat als Ehrenmitglied des österreichischen patriotischen Hülfsvereins demselben 1000 M. übersandt.

Der russiche Botschafter in London, Graf Schuwalow, ist nach Paris abgereist und geht von dort nach London.

Wien, 16. September. Die „Polit. Corresp." veröffentlicht folgende Meldungen:

Aus Konstantinopel vom 16. d. Mts.: Die Pforte beabsichtigt, Schefket Pascha an Stelle Mehemed Ali Paschas als außerordentlichen Kommissar nach Albanien zu entsenden. Die Pforte will davon Kenntniß haben, daß eine sehr beträchtliche Anzahl Albanesen unter den Waffen ständen, welche den Einflüssen der Liga von Prizrend gehorchten.

Aus Bukarest: Die russischen Truppen setzen die Räumung der Dobrudscha fort.

In Folge der Vorstellungen der Mächte über die gefahrvolle Lage der durch die Kurden bedrohten armenischen Bevölkerung in dem Distrikt von Erzerum nach dem Abzug der russischen Truppen hat der Großvezir beschlossen, einen außerordentlichen Kommissar dorthin zu senden.

Nach den neuesten Nachrichten aus Batum sind die Lazen in voller Auswanderung aus dem Bezirke begriffen.

Man meint hier, daß mit dem für Ende September in Aussicht genommenen Rückzuge der russischen Truppen auch die englische Flotte aus den Dardanellen zurückgehen werde.

Die französischen Kommissäre für Ostrumelien und Bulgarien sind gestern in Konstantinopel eingetroffen.

Die Sendungen türkischer Truppen, sowie die von Waffen und Munition nach Epirus und Thessalien dauern fort; die türkische Regierung läßt die Waffen unter die dortige muhamedanische Bevölkerung vertheilen.